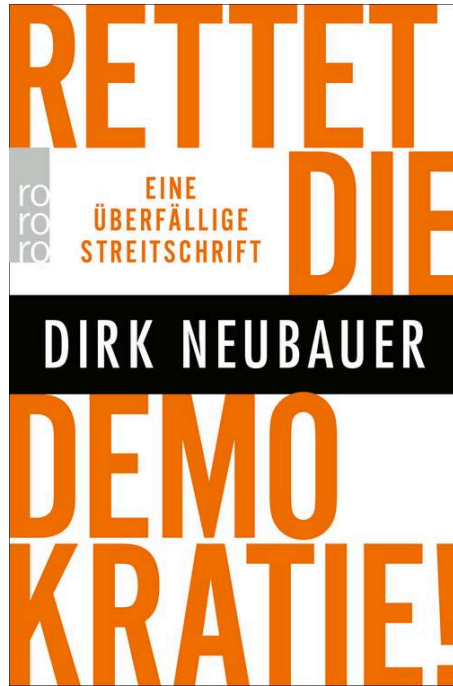


Leseprobe aus:



ISBN: 978-3-499-00722-4

Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf www.rowohlt.de.

Dirk Neubauer, der Bürgermeister der sächsischen Stadt Augustusburg, will unser politisches System umbauen. Denn: Die Demokratie erreicht die Menschen nicht mehr. Das will Neubauer ändern. Sein Weg aus der Krise: das System vom Kopf auf die Füße stellen, die Hierarchie von Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen radikal aufbrechen, die Rolle von Parteien hinterfragen und alles, was geht, vor Ort entscheiden – durch die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Dass dies möglich ist, haben er und seine Stadt bewiesen. Dieses Buch will aufrütteln.

Dirk Neubauer, Jahrgang 1971, wurde in Halle/Saale geboren. Parteilos gestartet, trat er der SPD bei, um zu zeigen, dass das politische System von innen heraus zu verändern ist. Der Journalist volontierte bei der *Mitteldeutschen Zeitung*, arbeitete als Reporter und Beauftragter für digitale Medien, war Marketingverantwortlicher für «Jump» und «Sputnik» beim MDR und beriet danach Zeitungsverlage zum Thema Digitalisierung. 2019 erschien sein Buch «Das Problem sind wir».

«Ein kommunalpolitischer Pionier» *Tagesspiegel*

Dirk Neubauer

Rettet die Demokratie!
Eine überfällige Streitschrift

Rowohlt Taschenbuch Verlag

Originalausgabe

Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, Mai 2021

Copyright © 2021 by Rowohlt Verlag GmbH, Hamburg

Redaktion Martin Kulik

Covergestaltung zero-media.net, München

Satz Farnham Text bei Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck und Bindung CPI books GmbH, Leck, Germany

ISBN 978-3-499-00722-4

Die Rowohlt Verlage haben sich zu einer nachhaltigen Buchproduktion verpflichtet. Gemeinsam mit unseren Partnern und Lieferanten setzen wir uns für eine klimaneutrale Buchproduktion ein, die den Erwerb von Klimazertifikaten zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes einschließt.

www.klimaneutralerverlag.de



Inhalt

Vorwort

1 Stadt. Land. Wut.

Die Wut der Abgehängten

Die Pandemie: eine gescheiterte Bewährungsprobe

Augustusburg: meine typisch untypische Stadt in Sachsen

Der Aufschrei des Ostens

Die entrückte Politik

Ostschicksale

Die AfD: ein Symptom unserer krankenden Demokratie

Der Graben zwischen Politik und Mensch

Vorwort

Das ist ein Weckruf! Eine überfällige Einladung zum Streit! Für die Demokratie. Denn die ist bedroht. Zum einen von denen, die seit Jahrzehnten per Mandat in unserem Namen Politik machen. Zum anderen von uns Bürgerinnen und Bürgern, die wir ebenso lange vergessen haben, dieses demokratische Mandat auch wirklich zu kontrollieren und uns selbst politisch einzubringen.

Nun wachen wir langsam auf und stellen fest: Dieses komplexe, überregulierte, paragraphenreitende und oftmals autokratisch gelenkte Land braucht einen Neustart! Einen konstruktiven Diskurs darüber, wie wir künftig wieder einfacher, ehrlicher und, ja, am Ende auch demokratischer miteinander leben können. Wie wir zu einer Ordnung kommen können, die nicht nur um des Volkes Mandat bemüht, sondern auch wieder mehr von dessen Willen bestimmt ist.

Dieses Buch macht ein Angebot, in diese Auseinandersetzung einzutreten. Es erhebt nicht den Anspruch, die alleinige Lösung zu sein. Wohl aber will es aufrütteln und dazu auffordern, Udenkbares zu denken, Unsagbares zu sagen. Und sich dabei auf Augenhöhe und fair begegnen zu lernen. Demokratie lebt von diesem Diskurs. Lasst ihn uns führen, bevor ihre Feinde unsere Fehler benutzen, ihr ein Ende zu bereiten.

1

Stadt. Land. Wut.

Warum unsere Demokratie in Gefahr ist

Unsere Demokratie stirbt. Und ausgerechnet eine Pandemie macht diesen Prozess sichtbar. Es macht sich Wut breit in unserem Land – und diese zeigt sich besonders im Osten. Zwischen Politik und Menschen klafft ein Graben, der immer tiefer wird. Auf der einen Seite die vermeintlich Abgehängten, die man durch ein Übermaß an politischer Bekümmerung entmündigte und denen man so die Ankunft in einem selbstbestimmten System weitgehend verweigerte. Auf der anderen Seite eine Politik, die sich immer mehr vom Leben entfernt. Die sich einen eigenen Orbit geschaffen hat, der falsche Freiheiten proklamiert und echte Abhängigkeiten schafft. Wenn wir die Demokratie retten wollen, müssen wir alles anders machen.

Die Wut der Abgehängten

Es liegt Wut über dem Land. Alte, gewachsene Wut. Sie ist aus Schmerzen und Erlebnissen gemacht. Aus Übersehen-Sein und Nicht-gehört-Werden. Diese Wut schlug Wurzeln, als die Mauer fiel und die Menschen naiv davon ausgingen, alles würde nun ganz automatisch gut. Sie glaubten, dass der neue Staat nun anders und viel besser für sie sorgen würde. Schließlich hatte er all die bunten Schaufenster und die D-Mark hervorgebracht, während der alte nur Mangel und Enge kannte. Wenig später erkannten die Menschen, dass im Schaufenster kaum noch Produkte aus eigener Produktion stehen würden und ihre Arbeit somit oft nicht mehr gebraucht wurde. Sie spürten, dass hier eine Entwicklung ihren Lauf genommen hatte, die wie ein Panzer durch jeden Lebenslauf rollen würde. Ohne dass der oder die Einzelne noch selbst Einfluss auf das große Ganze hätte nehmen können.

Jene Wut, die sich nährt aus dem Humus der Verletzungen: Umbruch, Dauerarbeitslosigkeit, Gesichtsverlust, Abwicklung. Es ist eine Wut, die in der Kälte der frühen 1990er Jahre heranwuchs. Ein Gefühl der Niederlage. Der Missachtung von Lebensleistung. Die misslungene Ankunft einer gerade neu geborenen Gesellschaft, obwohl die Menschen im Osten eigentlich auf einen gemeinsamen Neuanfang gehofft hatten. So wuchs sie heran, die kraftvolle Wut. Heimlich. Bis ins Heute. Gefüttert von Erinnerungen von einst und den politischen Kümmerern, die nun alles und jeden organisieren wollten und damit die Entwicklung von Eigenverantwortlichkeit verhinderten. Ungesehen und ungehört wie deren Träger, suchte sich diese Wut Ausdrucksformen. Die Folgen sind ein Rückzug in die private Heimlichkeit, die bewusste Abkehr von Teilhabe und das anonyme Kreuzen von Ex-

tremen auf dem Wahlzettel. Und jetzt, befeuert durch die aktuelle Situation der Coronapandemie, gewinnt diese Wut erneut an Kraft, wird breit und akzeptiert.

Der rumorende Osten. Erstmals scheinbar gewaltiger als der große Bruder West, der sich ähnlich wie zur Wende augenreißend und staunend vor dem Fernseher wiederfindet. Er bedroht nun sehr viel mehr, als wir wahrhaben wollen. Dieses schweigsam-wütende Land. Diese unerhörte Gesellschaft am Rande der zusammengeflackten Republik hat das Potenzial, das gesamte Land mitzureißen. Denn hier haben die Menschen eine tiefgreifende, epochale Erfahrung gemacht: Kollektive Verweigerung kann Systeme stürzen. Corona stellt nicht die größte Gefahr für unser Miteinander dar. Es sind nicht die AfD, der Dritte Weg, die Querdenker und was es sonst noch so gibt, die dieses Land und die Demokratie gefährden. Es ist das politische System selbst, das dies alles zu verantworten hat.

Zu lange haben wir grundlegende Probleme in unserem Land ignoriert. Nun wird uns im Zeitraffer klar, dass wir alles anders machen müssen. Dass diese Wut endlich eine Antwort verlangt, hat sich besonders im Verlauf der Coronapandemie gezeigt.

Die Pandemie: eine gescheiterte Bewährungsprobe

Es ist 2020. Ein hartes Jahr hat dem gesamten Land eine harte Prüfung auferlegt. Corona brachte alles zum Stillstand. Lockdown, Shutdown. Lockdown light. Weihnachten im Krisenmodus. Stille Nacht im Wortsinne. In föderalistischer Uneinigkeit stolperte sich die Republik im Frühjahr durch die erste Welle der Pandemie. Unterschiedliche Regeln in jedem Land. Komplex und im politischen Wettbewerb eher dynamisch als konsequent. Darüber ein Bund, der gemeinsam mit der Wissenschaft ebenso mahmend wie erfolglos suchte, Einigkeit zu schaffen. Darunter die Länder, die zuerst ihre Hoheiten verletzt sahen, bevor sie sich der Bedrohung stellten. Die Pandemie mit all ihren Auswirkungen offenbarte gnadenlos alle Schwächen am politischen Apparat dieses Landes. Der Kaiser stand nackt da. Splitterfasernackt sogar.

Wir erlebten Schulen, die in Ermangelung von digitalen Grundausstattungen einen Fernunterricht per Aufgabenzetteln am Gartenzaun organisierten. Eine Verzweiflungstat, die der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer noch zu einer Art Heimatgefühl zu erklären suchte. Dann die Entdeckung des Homeoffice, die zugleich sichtbar machte, in welchem bedauernswertem Zustand die Kommunikationsnetze Deutschlands – einer immer noch führenden Wirtschaftsmacht – sich befinden und wie wenig digitale Kompetenz im Volk vorhanden ist. Milliardenhilfen rollten übers Land, suggerierten Tatkraft, Sicherheit und ein «Wir lassen niemanden zurück». In Wahrheit handelte es sich meist um Darlehen. Gut und nötig im Moment – am Ende für viele aber

eher eine Hypothek, eine Wette auf eine mehr als ungewisse Zukunft. Gerade im Osten der Republik, wo die Eigenkapitalquoten und Ersparnisse auch nach 30 Jahren noch immer hoffnungslos denen im Westen hinterherhelfen. Ohne eine redliche Chance, diese jemals einzuholen.

Auch wenn das Land vorübergehend im Vergleich zum Rest der Welt zum Pandemievorbild in Sachen Kompensation erklärt wurde, waren die Auswirkungen dieser gesundheitlichen und politischen Krise für die Menschen im Land deutlich spürbar. Man denke nur an zahllose gastronomische Betriebe, die nach einem ungewissen Ende dieser Seuche 50 000 Euro zusätzlicher Belastungen auf ihren Schultern wissen, danach aber nicht die doppelte Anzahl von Gästen zu erwarten haben. Daneben ganze Kohorten von Menschen, die von vornherein ganz durchs Raster fielen.

Oft traf es ausgerechnet die kreativen jungen Menschen, die sich bereits in neue, digitale oder künstlerische Arbeitswelten aufgemacht hatten: Die Programmierer, die Gestalter und Gründer. Diejenigen also, die man auch in der Politik gern aus Werbegründen hervorhebt, über deren Förderung man in Hochglanzdiskussionen philosophiert. Bei solchen Bestrebungen will die Politik eine Botschaft senden: «Seht her, wir sind hip in diesem Land. Wir bauen nicht nur Autos mit zweifelhaften Abgasnormen.» Doch genau diese hippen Kreativen, die eigentlich dafür sorgen sollen, dass hierzulande Start-ups, Co-Working-Spaces und Creative Hubs keine Fremdwörter bleiben – ihnen wurde zum überwiegenden Teil wirkliche Hilfe versagt. Stattdessen winkten medienwirksam präsentierte Unterstützungen, die Betriebskosten auszugleichen suchten, wo keine waren. Nötig gewesen wäre ein Ersatz für ausgefallene Unternehmer-

löhne und damit eine Existenzfinanzierung der Kreativszene. Und obwohl darüber monatelang öffentlich geredet wurde, wurden die nötigen Schritte schlicht nicht eingeleitet.

Ebenso traf es die Kulturszene, die einen nie dagewesenen Rückschlag verkraften musste. Jene so wichtige Branche, die oft den Kitt der Gesellschaft liefert. Die ausgleicht, spiegelt, Menschen Freude, Gleichgewicht und Offenheit verleiht. Auch sie wurde vergessen.

Zeitgleich flossen Milliarden in die Industrie. Altbekannte Muster wurden bedient. «Automotive forever!» Eben noch der Datenschwindelei überführt, erhielt dieser Industriezweig fünf Milliarden Euro. Insgesamt neun Milliarden flossen in die Kassen der Lufthansa. Schnell zeigte sich, welche Prioritäten dieses Land setzt. Und eben auch, welche nicht.

Zudem wurde auf alarmierende Weise offenbar, wie wenig lernfähig die Politik tatsächlich sein kann. Als nach einem entspannten Sommer, an dessen Ende die Virologinnen und Virologen sehr klar und für jeden vernehmbar eine zweite Welle vorausgesagt hatten, diese tatsächlich wie auf Ansage eintrat, da wiederholte sich dieser Albtraum vom Jahresbeginn. Wie in einem schlechten Déjà-vu. Warum? Weil die Politik schlicht und ergreifend die Zeit nicht genutzt hatte, die Fehler abzustellen. Statt das im Frühjahr Gelernte in einen konsequenten Plan zu gießen, der bei leisesten Anzeichen eines neuen Ausbruches aus der Tasche zu ziehen wäre. Statt zu verhindern, dass schon wieder nur halbherzige Entscheidungen getroffen werden. Statt Gesundheitsämter zu digitalisieren und so aufzustocken, dass diese einem neuen Ansturm besser gewachsen sein könnten. Stattdessen geschah weitgehend nichts. Ebenso fehlten langfristige Strategien, wie man künftig mit dem Virus leben könnte.

Was wir in dieser Situation politisch wirklich gebraucht hätten, wären konsequente und lebensnahe Lösungen im Kleinen wie im Großen gewesen. Vielleicht hätte man verhindern können, dass die ganze Nation planlos von Halblockdown zu Halblockdown stolpern musste.

Zu Beginn der zweiten Welle blieb alles beim Alten. Statt Luftreinigern in den Schulen gab es von der Kanzlerin Hinweise zum Springen und Klatschen, sollte einem bei aufgerissenem Fenster im Dezember unter der Maske kalt werden. Statt digitaler Lernsysteme herrschte in Sachsen erst mal zwei Tage Server-Lockdown – angeblich soll ein Hackerangriff schuld gewesen sein. Wahrscheinlicher ist wohl die bloße Überlastung des Systems. Diese technischen Probleme begleiten das System bis zum heutigen Tag wie ein Schatten.

Verordnungen und Allgemeinverfügungen wurden mit erkennbar heißer Nadel gestrickt. Die letzte 2020, die schließlich den vorfristigen Lockdown in Sachsen verkündete, erreichte die Kommunen an einem Freitagabend. Umzusetzen zum darauffolgenden Montag. Ein Unding, wenn man zum Beispiel von den Eltern für die Notbetreuung der Kinder einen Nachweis des Arbeitgebers verlangt, der die Systemrelevanz der Tätigkeit bestätigt.

Chaos breitete sich aus. Und ebenso schnell das Virus. Es war ein erschreckendes Beispiel der immerwährenden Hand-in-den-Mund-Politik, die in Deutschland auch schon vor der Pandemie praktiziert wurde.

Augustusburg: meine typisch untypische Stadt in Sachsen

Dies alles erfasste auch meine Stadt. Augustusburg. Eine beschaulich schöne Kleinstadt, 17 Kilometer östlich von Chemnitz. Zwei Schulen. Ein Supermarkt. Ein bisschen Gewerbe. Ein bisschen Handwerk. Ein Skihang auf 500 Höhenmetern mit wenig Aussicht auf eine große Zukunft in Zeiten des Klimawandels. Keine arme Stadt. Eher eine Art Exklusivstandort im Speckgürtel von Chemnitz, dem Hidden Champion Sachsens. Schöne Wohnstandorte mit Villenbestand. Zwei Nachwendeneubauegebiete, wie es sie überall gibt. Weitgehend in sich geschlossene Satelliten. Heile, neue Welten mit Anschlusschwierigkeiten an das gewachsene Umland. Im Kern, hoch oben auf dem Berg und doch im Schatten des gewaltigen Jagdschlusses eine historische Altstadt. Viel Wald drumherum. 4500 Einwohnerinnen und Einwohner leben hier. Tendenz nach einem Jahrzehnte andauernden Aderlass wieder leicht steigend.

Es bleiben die Erinnerung an Zeiten, als jährlich Hunderttausende ebendieses über der Stadt thronende Jagdschloss besuchten, das Kurfürst August erbaut hatte. Der Großvater des Fürsten, der als der Starke in die Geschichte einging, war ein guter Regent, der den Grundstein des sächsischen Reichtums dadurch begründete, dass er neuen Dingen sehr aufgeschlossen gegenüberstand. So förderte er den Bergbau, der seinem Enkel später zu großem Reichtum verhalf. Alles kommt vom Bergwerk her, heißt es in der Region. Noch immer. Hier ist das Leben eigentlich noch halbwegs in Ordnung.

Aber auch in Augustusburg macht die typische Demographie des ländlichen Raumes das Buchstabieren von

Zukunft immer schwieriger. Zwar gibt es noch eine Grundschule und auch ein privates Gymnasium. Aber spätestens mit dem Verlust der Oberschule Anfang der 2000er Jahre begannen die Menschen zu ahnen, dass das Schreckgespenst der sterbenden Stadt noch nicht verbannt worden ist. Eine kollektive Angst, die in den Menschen wohnt, seit Kunstlederfabrik und Baumwollspinnerei im Wendewandel verloren gingen. Damals, als die «gute alte Zeit» zusammen mit den Arbeitsplätzen unterging und durch Arbeitsamt, Umschulung und Stadtflucht ersetzt wurde. Diese kleine Stadt im Schatten des alten, ehrwürdigen Jagdschlusses. Sie kann als Beispiel gelten für einen ganzen Landstrich, für einen erheblichen Teil unseres Landes. Befreit und doch zu geschwächt, um aus eigener Kraft den Neuanfang zu wagen. Weil Menschen in Massen und in Klasse verloren gingen. Weil Arbeit hier immer noch Mangelware ist. Und nicht zuletzt, weil die Politik – den vielen Hochglanzreden vom Erhalt des ländlichen Raumes zum Trotz – nur Förderprogramme gebiert und keine Selbstbestimmung. Auch hier, in meiner Stadt, war beinahe jeder Glauben verloren, dass es irgendwann anders laufen könnte.

Wie auch anderswo im Osten wählten Bürgerinnen und Bürger hier zu Europa- und Landtagswahlen bis zu 30 Prozent AfD. Die Politik bekommt ihre gerechte Strafe, heißt es. Für all das, was auf den Menschen lastet. Und dafür, dass dies auch lange niemanden wirklich interessierte. Bei der letzten Bürgermeisterwahl wurde ich, der amtierende Sozialdemokrat, mit 68 Prozent der Stimmen sehr deutlich bestätigt. Gegen einen AfD-Kandidaten und drei weitere Bewerber. Weil man hier vor Ort Gesichter wählt, denen man vertraut. Vielleicht auch, weil die letzten Jahre Lokalpolitik die Stadt mit vereinten Kräften gut entwickeln konnte. Und vielleicht auch,

weil in der letzten Konsequenz dann doch kaum jemand daran glaubt, dass die Alternative für Deutschland auch eine solche ist. Der scheinbare Widerspruch zwischen den Wahlen im Kleinen und im Großen. Er ist beispielgebend für den gesamten Osten. Und auch für den Rest des Landes.

Der Aufschrei des Ostens

Vorweg: Nein, ich mache das Ergebnis nicht an mir und meiner Person fest. Wenngleich es auch meine sowie die Arbeit aller anderen Beteiligten bestätigte und den Wunsch nach einem «Weiter so» deutlich signalisierte. Doch eine solche Wahl - wie inzwischen üblich - zu einer reinen Personenwahl zu verkleinern, um sich auf Parteiebene nicht mit unangenehmen Konsequenzen beschäftigen zu müssen, wäre trotzdem falsch. Natürlich wählen Bürgerinnen und Bürger gerne Menschen, denen sie vertrauen. Doch es gibt eine erschreckende Tendenz, Parteizugehörigkeit im Wahlkampf auszuklammern. Viele Kandidatinnen und Kandidaten lassen auch auf dem Wahlzettel inzwischen nur noch ihren Namen drucken, obwohl sie einer Partei angehören. Ja, man tarnt sich regelrecht, um seine Chancen als Bewerberin oder Bewerber um ein Amt zu steigern. Auch ich wurde ungläubig befragt, ob ich mich tatsächlich offiziell als SPD-Kandidat aufstellen lassen wolle. Und es folgte die Erklärung, dass ich das ja nicht müsse. Schließlich könne ich dies auch als Einzelbewerber tun. Aus den eigenen Parteilisten wohl gemerkt. Es wirkt ein wenig so, als hätte die Politik die Parteien schon fast aufgegeben - doch damit werden wir uns im folgenden Kapitel ausführlich beschäftigen.

Was also zeigen diese Wahlen, die die gesamte Republik zum Beben brachten? Dass es nicht die direkte, vor Ort erlebte und verantwortete Situation ist, die den allseits gefürchteten Aufstieg der AfD generiert und begründet. Es ist der politische Überbau, der als Problem identifiziert ist. Jener Apparat, der mit seinen etablierten Bestandteilen in Form der «Altparteien» und deren gefühlt ewig gleichen Kandidatinnen und Kandidaten seit Jahr-

zehnten die Geschicke des Landes lenkt. Immer gleiche Köpfe, die immer und immer wieder in jeweils anderer Funktion für eine Politik eintreten, die man hier (und nicht nur hier) nicht als die richtige ansieht. Es ist dieses übergeordnete «Weiter so», das diese Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger produziert, füttert und täglich neu auflädt. Ein Reflex der Notwehr, könnte man beinahe sagen. Eine Art kleine Rache und eine Genugtuung, die Menschen erfüllt, wenn sie ihr Kreuz bei der AfD setzen. Denn sie ahnen in diesem Moment den gewaltigen Aufschrei voraus, der daraus folgt. Und sie wissen, wie sehr sie das System damit treffen. In diesem einen Moment erhält ihre Stimme Bedeutung. In diesem Moment werden die Übersehenen sichtbar. Endlich. «Seht her. Mit uns müsst ihr nun rechnen.»

Tatsächlich glauben im Umkehrschluss nur wenige, dass diese vermeintliche Alternative wirklich Lösungen bietet. Vielmehr ist es der gelernte Feind, gegen den man sich auflehnen will. Einen Feind, den man von früher kennt, als die Diktatur des Proletariats abgehoben und unerreichbar als «das System» über das Land bestimmte. Ein gleicher Kampf mit den Mitteln, die diese scheinbar unantastbare Herrschaft damals beendete: dem Dagegensein. Verweigerung bringt Veränderung. Das ist die historische Erfahrung, deren Wucht nicht unterschätzt werden darf.

Der Irrtum im Rest der Republik besteht darin, anzunehmen, der Osten sei wirklich in breiter Masse für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf die Straße gegangen. Wenn es damals ein «Für etwas» gab, dann mehrheitlich ein materielles. Man wählte die D-Mark und die vermeintliche Freiheit, die der Mauerfall versprach. Nicht die Menschenrechte. Das Märchen der friedlichen Revolution. Es ist längst von der Geschichte eingeholt. Und was bis heute blieb, sind die ökonomischen Unter-

schiede, die noch immer ungleichen Entwicklungschancen zwischen West und Ost und die weitgehende politische Unsichtbarkeit und Bedeutungslosigkeit des sogenannten Beitrittsgebietes.

So liegen die Motive für eine nachhaltige Frustration im Osten der Bundesrepublik in vielen Feldern begründet. Und auch jene, die eigentlich als Erfolgsbeispiele der Wende gelten, können von diesem Sog erfasst werden. Zum Beispiel dann, wenn niemand ihr Lebenswerk fortführen möchte. Wenn das Unternehmen oder das Haus ein endliches Glück markieren, da die Kinder notgedrungen oder inzwischen beinahe automatisch ihr Heil in der Flucht gesucht haben. Erst in den Westen – nun in die großen Städte auch im Osten. Hauptsache weg.

All das suggeriert: Im Osten gibt es keine Zukunft. So sind längst nicht nur die «Abgehängten» wütend, also jene, die wirkliche Einschnitte, wirkliche Verluste beim Wechsel der Systeme erlitten haben. Die Unzufriedenheit mit dem «System» ist nicht mehr beschränkt auf die ewigen Nörgler, deren Klage zwischenzeitlich selbst hier in der ostdeutschen Gesellschaft niemand mehr aufnehmen wollte. Es betrifft nicht mehr nur Menschen, die im sozialen Aus ihr Dasein fristen müssen, weil sie seither nie wieder Anschluss an die Gesellschaft gefunden haben. Jene, die niemand mehr «brauchte».

Nein. Diese Wut frisst sich nun durch alle Schichten der Gesellschaft und speist sich aus vielen Ungerechtigkeiten, die nicht selten auch objektiv vorhanden sind: Bürokratie, lebensferne Verwaltungspraxis und eine entrückte Politik, die für viele einfach unerreichbar erscheint. Für die meisten hier ist dieses System somit vor allem eines. Weit weg. Dresden ist der Mond. Berlin die Milchstraße und Europa ist Pluto. Maximal empfängt

man die Signale aus dem Orbit. Einen Rückkanal gibt es nicht.

Die entrückte Politik

Die Politik hat offenbar bereits vor Jahren beschlossen, den lokalen, erlebbaren Politikraum zu entpolitizieren und alle Verbindungen zu kappen. Anders ist nicht zu erklären, dass sie kampflos die letzte Meile der Politik zu den Bürgerinnen und Bürgern einfach räumte. Die Kommune als demokratischer Erlebnisraum wurde langsam, aber unaufhaltsam von den direkten Parteiverbindungen entkoppelt. Warum? Zum einen hatte die Politik des Kümmerns von oben herab den Menschen jegliche politische Kompetenz und Selbstbestimmung genommen. Zum anderen sinkt die Zahl derjenigen, die sich am untersten Ende der politischen Nahrungskette noch für eine Partei engagieren wollen. Zwar gibt es sie noch, die Ortsgruppen der Parteien. Aber sie werden kleiner. Und es ist selten, dass diese wirklich noch politisch aktiv sind. Im Ort. Nicht zuletzt, weil es eher nach Dienen denn nach Machen riecht.

Handlanger der übergeordneten Politik zu sein, reicht Menschen nicht, die sich wirklich engagieren wollen. Zu sehr erinnert dieses neue System mittlerweile an ein altes, das man vor drei Jahrzehnten abgelöst hatte. In dem der Parteisekretär vor Ort nicht selten schulterzuckend ausführte, was im Einheitsbrei der Partei beschlossen wurde.

So sind es nur noch wenige Bürgerinnen und Bürger, die wirklich eingebunden sind in das, was Politik tut. Ganz wenige, die wirklich Einfluss haben. Ein paar mehr, die das vielleicht noch glauben.

Dieser offensichtliche Mangel - diese Lücke zwischen Politik und wahren Leben - wurde von uns jahrelang schlichtweg ignoriert. Statt in echte Basisarbeit zu gehen und den Menschen Politik wieder näherzubringen, verbreitete sich das Märchen der sachlichen Kommu-

ne. Hier wurde von einer fernen Welt berichtet, in der «Parteipolitik keine Rolle» spiele. «Da unten beim Volk. Da geht's um die Sache und nicht ums Parteibuch oder ideologische Grabenkämpfe.» Das war die Botschaft. Abgesehen davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sich wünschen, dass es außerhalb ihrer Kommune ebenfalls eher um die Sache und nicht um Parteipolitik gehen würde, eine wirklich absurde Strategie. Hier wurde die Entfremdung der Politik sichtbar. Das lange schon schwelende «die da oben» und «wir hier unten» wurde so vom Gefühl zur Realität.

Es war der bequeme Weg, den man gewählt hatte. Aber es war auch der Weg, der weg von der Basis führte. Die Folge: Einerseits beraubte man sich wichtiger Rückmeldungen dieser Basis, die essenziell für unsere Demokratie sind. Andererseits wurde Kommunalpolitik noch abhängiger davon, was auf Landes- oder Bundesebene geschah.

Mag sein, dass inzwischen einige diesen Fehler erkannt haben und beispielsweise die Jusos und andere aktiv in Diskussion darüber treten. Zu heilen ist der Schaden kaum, der über jahrzehntelange Entfremdung entstanden ist. Wir erleben nichts weniger als den Sterbeprozess unserer demokratischen Tugenden.

Unsere einzige Chance besteht darin, sich dem gigantischen Gesprächsstau in Demut zu stellen. Wer das tut, wird gute Nerven brauchen. Sie oder er begibt sich auf eine Mission mit ungewissem Ausgang, die aber unsere einzige Chance ist, wieder Anschluss zu finden.

Ja, ich weiß. Da sind die vielen Landtagsabgeordneten, die jetzt den Finger heben. Schließlich sind sie es doch, die diesen Kontakt herstellen sollen. Natürlich gibt es eine Menge politisch aktive Menschen, die unglaubliche Kilometer machen, Veranstaltungen abreißen, um

irgendwie präsent zu sein. Und ja, es gibt auch viele, sehr viele, die ehrlich kämpfen, den Kontakt nicht nur zu halten, sondern auch aufzuwerten. Fakt aber ist: Ohne echte kommunale Basis. Ohne direkte Verantwortung keine Erdung. Ohne Erdung kein wirklicher Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. So schwebt die Politik inzwischen zum Großteil im luftleeren Raum und hat nicht zuletzt auch deshalb ihre Glaubwürdigkeit verloren. Was im Westen vielleicht in den Hinterzimmern, den Ortsgruppen und den bierseligen Stammtischen als gelernte politische Beteiligungsstruktur noch existiert, ist im Osten kaum entstanden.

Ostschicksale

So ist das Volk weitgehend allein mit sich und seinen Sorgen. Politischer «Widerstand» erwächst aus dem Gefühl, nicht selbst ändern zu können, was einen betrifft. Aus nicht geführten Diskussionen. Und aus Vorsicht. All dies hat gerade im Osten historische Wurzeln – und die daraus entstehenden Schicksale sind symptomatisch für den tiefen Graben, der in diesem Land zwischen Politik und Menschen entstanden ist. Beispiele dafür kenne ich viele.

Nehmen wir etwa eine Lehrerin, die bereits zu DDR-Zeiten engagiert war. Sie hat sich trotz des Stigmas der Konformität mit dem untergegangenen Land zurückgekämpft und bildet gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen faktisch das Rückgrat der ansonsten ziemlich maroden sächsischen Bildung.

Sie predigt keine DDR-Nostalgie und gibt alles, um den Kindern einen guten Start in diese Welt zu bahnen. Sie engagiert sich voller Energie und ohne Rücksicht auf Überstunden. Doch ihre Vorschläge, wie man Probleme trotz Personalmangel in den Griff bekommen könnte, verkümmern bereits auf Arbeitsebene. Niemand, der zuhört. Keine Debatte. Kein Interesse. Stattdessen eine offene Skepsis des staatlichen Kultusbetriebes gegenüber jenen «Altlehrenden».

Mehr als einmal stellte das System seit der Wende die Qualifikation solcher Menschen in Frage. Und obwohl diese Frau immer und immer wieder an der Einbahnstraßenmentalität des Systems abprallt, engagiert sie sich. Nicht nur im Job, sondern auch im privaten Bereich, im Ortschaftsrat, im Kulturförderverein. Viele private Stunden werden wie selbstverständlich in das Wohl der Allgemeinheit investiert. Sie resigniert nicht, schließt sich

nicht dem wütenden Protest an. Trotzdem hindern sie die Reaktionen auf ihre Bemühungen daran, sich politisch noch einmal ernsthaft auf den Weg zu machen, mehr zu versuchen. An dieser Stelle winkt sie ab. Sie glaubt nicht mehr an die Möglichkeit, etwas Grundsätzliches verändern zu können. Und so verlieren wir nicht nur jene, die aufgegeben haben. Wir verlieren auch jene, die eigentlich etwas wollen. Weil wir sie nicht sehen. Nicht hören. Und nicht ernst nehmen.

Mit diesem Erfahrungshorizont ist sie nicht allein. Selbst die, die scheinbar unbestritten erfolgreich sind, fühlen sich vom jetzigen System nicht verstanden oder gar beachtet. Nehmen wir beispielsweise einen Unternehmer. Er, heute Mitte 60, startete nach der Wende mutig in die Selbständigkeit. Harte Jahre, in denen er viel Lehrgeld zahlte: nicht beglichene Rechnungen aus Partnerschaften mit Aufbauhelfern West. Kaum Kenntnis vom Geschäft und dem System an sich. Dennoch erste eigene Projekte. Zähne zusammenbeißen und durch. Endlich auf Erfolgskurs. Jahrzehntelang. Nebenher wurde alles andere hintenangestellt. Familie, Kinder - zwar stets anwesend, aber nicht dabei. Samstag im Büro die Regel. Doch es ging aufwärts. Und das ist doch, was heute zählt. Eine typische Geschichte, wie man sie im Westen auch findet. Und doch ist sie anders, denn sie endet nicht mit einem Happy End.

Als ich mit besagtem Unternehmer redete, hörte ich die typischen Klagen: Frust auf den Staat, übertriebene Bürokratie, immer neue Vorschriften und Regeln, die teils eher einer Posse als einem sinnvollen Tun ähneln. Und immer wieder die Fragen: «Was soll das alles? Wissen die denn nicht, wie schwierig es ohnehin schon alles ist?» Die neue Republik wurde nie Heimat und der er-

folgreiche Unternehmer zum besten Beispiel der Frustration, die Menschen in den Protest führt. Auch, weil am Ende niemand das Erreichte weiterführen wird. Denn die Kinder sind längst weg. Irgendwo im Nirgendwo. Umsonst der steinige Weg. Auch das macht wütend.

In seiner Wahrnehmung wurde den Menschen im Osten viel zu lange die Schuld an allem gegeben: an 40 Jahren DDR. An Misswirtschaft, Unfreiheit und allem, was nach der Wende schiefging.

Kein Einzelfall. Im Gegenteil. Und dem langen Schweigen folgt nun der «Widerstand». Endlich. Und sei es nur mit einem Wutkreuz auf dem Wahlzettel. Oder eben auch mit mehr. Inzwischen hat sich ein Sammelbecken für all jene gebildet, die zweifeln, schimpfen oder – auch das gehört zur Wahrheit – die tatsächlich etwas verändern wollen. Die AfD.

Die AfD: ein Symptom unserer krankenden Demokratie

Nun gibt es also seit einigen Jahren eine selbsternannte Alternative, die sich gerne als neue, unbelastete Kraft und seriöse Partei zu gerieren sucht. Faktisch ist sie bis heute nicht mehr als ein Sammelbecken von Unzufriedenheit, Wut und realer Kritik. Ein Instrument, Protest bestmöglich sichtbar zu machen. Darin liegt die Stärke und wahrscheinlich auch der große Nutzen aus Sicht ihrer Wählerinnen und Wähler, die besonders hier im Osten immer noch übersehen werden. Eine Partei, die zwar von Extremen unterwandert, mehrheitlich aber nicht extremistisch ist.

Die AfD darauf zu reduzieren, rechtsextrem zu sein, ist wohl der schwerste Fehler, der seit ihrem Entstehen immer wieder gemacht wird. Ebenso, wie die Partei der Ausgegrenzten ausgerechnet mit Ausgrenzung bekämpfen zu wollen. Denn so vielschichtig die Ursachen sind, die Wählerinnen und Wähler zur AfD treiben, so differenziert müsste man sich dem Thema stellen. Stattdessen werden im öffentlichen Diskurs immer wieder pauschale Angriffe gefahren. Die Stigmatisierung als rechtsextreme Kraft soll diese Partei daran hindern, weiterzuwachsen. Tatsächlich sorgt dies dafür, dass sich die Basis der AfD weiter festigt. Denn wer eine Partei pauschal bewertet, tut dies auch mit den Menschen, die ihre Stimme dafür abgeben.

Hier liegt der Kardinalfehler, den wir erkennen müssen: Wer die AfD aus Protest wählt, der identifiziert sich nicht zwingend auch mit deren Programm oder handelnden Personen insbesondere vom rechten Rand. Und so fühlt sich ein Protestwähler aus seiner Sicht zu Unrecht attackiert, wenn er mit ebendiesen Extremen im glei-

chen Satz beurteilt wird. Was den Protest eher stärkt, statt ihn zu brechen. «Ich bin kein Nazi», ist einer der häufigsten Sätze, die ich von AfD-Anhängern oder -Wählern sofort und ungefragt zu hören bekomme. Und zugleich auch einer der richtigsten.

Eine andere Debatte um die AfD sollte ebenfalls zu denken geben: Ende 2020 gab es eine Diskussion über zwei Landkarten. Eine markierte die Hochburgen der AfD, und die andere zeigte die Regionen, in denen die Pandemie besonders wütete. Hier sollte augenscheinlich ein Zusammenhang zwischen der AfD und der Verbreitung des Virus suggeriert werden. Und tatsächlich finden sich ja auch reichlich Zitate von AfD-Granden, die COVID-19 zu relativieren suchen und die staatlich verordneten Schutzmaßnahmen als Eingriff in die Menschenrechte oder gar als Versuch der Entmündigung verunglimpfen. Doch ist die AfD tatsächlich auch hier das Problem? Ich denke nicht. Sie ist lediglich ein Vehikel, das transportiert, was ihre Anhänger denken. Hier wird deutlich, dass Skepsis und Ablehnung des Systems die Wählerinnen und Wähler eine Partei unterstützen lassen, die sich auch gegen die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung richtet. Und so zeigen beide Karten lediglich eines: Regionen, in denen die Wellen des Protestes besonders stark sind.

Das sollte für uns ein viel größeres Warnsignal sein. Wir dürfen die Wählerinnen und Wähler der AfD nicht auf ihre Verbindung zu einer Partei am rechten Rande reduzieren. Das ist zu kurz gedacht. Vielmehr ist die AfD die Schaumkrone auf der Welle. Nicht umgekehrt.

Wie schwach und irrelevant die AfD tatsächlich (noch) ist, zeigt sich in der direkten politischen Arbeit vor Ort: in den Städten und Kommunen. Hier, wo der Bezug der

Menschen zu dem, was entschieden wird, sehr direkt und unmittelbar ist. Hier traut man der AfD offenbar wenig Lösungskompetenz zu. Nicht ohne Grund hat die AfD noch kaum Rathäuser für sich gewinnen können.

Bei meiner Wahl im Oktober 2020 zeigte sich ein recht typisches Bild. Denn auch ich hatte einen AfD-Gegenkandidaten. Nicht aus dem Ort, denn hier hatte die Alternative trotz großer Mühe niemanden finden können, der kandidieren wollte. Nein. Stattdessen jemand von außen: Mike Moncseck. Wenig ortsfest und klassisch populistisch. Schnell war klar, wogegen er ist. Weniger klar war, wofür er eintreten wollte. Und auch er bediente im Wahlkampf die bekannten Klagen und appellierte an die guten alten Zeiten. In einer Diskussionsveranstaltung kumpelte er in den Saal: «Ihr habt doch auch alle noch das DDR-Gen.» Was bedeuten sollte: Ich verstehe euch und ich bin einer von euch. So war die gesamte Kommunikation aufgebaut.

Er tourte durch die Ortsteile und erzählte jedem, wie toll die AfD sei. Jene Partei, die andere jagen will und mit demokratischen Grundwerten nicht viel gemein hat. Interessant war, welche Überschriften er für sein Stadtprogramm wählte: Bürgerbeteiligung und Tourismus waren seine Schlagworte. Zwei Hauptthemen, die ich seit 2013 massiv gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie meinem Team bearbeitet hatte. Dass er am Ende mit einer solch uninspirierten Kopie über zehn Prozent bekam, zeigt auf, wie hoch die Kernwählerschaft tatsächlich einzuschätzen ist. Die 30 Prozent, die ihr Kreuz bei Europawahlen bei der AfD gesetzt haben – sie nutzten dies hingegen nur als Mittel, dem Osten endlich Gehör zu verschaffen.

Der Graben zwischen Politik und Mensch

Dass ich mich am Ende deutlich durchsetzen konnte, hat auch mit der intensiven Arbeit vor Ort zu tun, die wir hier gemeinsam leisten. Je mehr man für seine Leute da ist, desto besser. So wird einem selbst in Sachsen das SPD-Parteibuch verziehen. «Hat ja mit dir nichts zu tun», heißt es, wenn ich in die Debatte zu verschiedenen Politikthemen gehe. «Du machst ja deinen Job.» Da ist sie, die Entkoppelung von Politik und Basis.

Ich nehme als parteiorganisierter Politiker Positionen ein und vertrete diese auch offen. Ich bin hier vor Ort sichtbar, ansprechbar und einer, der sich engagiert. Ich grenze nicht aus und versuche, mit jedem zu reden. Weil ich glaube, dass es anders nicht gehen kann. Und weil ich weiß, dass resigniertes Abwinken und Sätze wie «Macht doch, was ihr wollt» fast noch schwerer wiegen als die Wut. Als Streit und Empörung. Denn wer wütend ist, will etwas anders machen. Wer dagegen resigniert, der will nichts mehr.

Weil ich und mein Team die Menschen vor Ort tatsächlich noch wahr- und erst nehmen, gehören wir nicht so richtig zu «denen da oben». Trotzdem: Der Graben, den die Politik selbst mit ausgehoben hat, ist für mich an jedem einzelnen Tag und in beinahe jedem Gespräch präsent. Er klafft inzwischen sehr weit. Und er spaltet dieses Land. Die Schmerzen der Nichtbeachteten sind das innerste Ich der neuen Welle Ost. Was jetzt passiert, was sich Bahn bricht, ist eine Quittung für 30 Jahre Politik, die Bürgerinnen und Bürger bevormundet und auch entmündigt hat. Für ein Von-oben-Herab. Verkündet durch Medien. Wir wissen, was gut für euch ist. Und wir machen das für euch. Die dezentral gedachte Republik hat

sich längst schleichend in kleine Königreiche aufgeteilt. Mit Hofstaat und jeder Menge Volksdistanz, Autokratie und einem wachsenden Misstrauen all jenen gegenüber, die selbst Verantwortung übernehmen wollen und dies auch einfordern. Nun, da sich die Welle Bahn bricht und sich mehr und mehr offene Ablehnung zeigt, herrscht Alarmstufe Rot.

Doch wer denkt, diese Situation würde zu ernsthafter Veränderung führen, der irrt. Die Ratlosigkeit auf den Fluren der Parteizentralen generiert stattdessen eine Mischung aus beleidigter Ablehnung und jeder Menge Aktionismus. Berater diskutieren sich die Köpfe heiß. Doch dabei heraus kommen nur Aktionspolitik, Überschriften und Schlagzeilen.

So reist Ministerpräsident Kretschmer (CDU) scheinbar pausenlos übers Land, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Gern bringt er damit auch mal das gesamte Kabinett mit. Sehr wahrscheinlich hat diese Praxis die letzte Landtagswahl in Sachsen vor dem politischen Totalschaden bewahrt und dem Land eine AfD-Regierung im Alleingang erspart. Mittlerweile allerdings scheint es zum Marketingtool für die CDU geworden zu sein. Denn der Ministerpräsident verspricht inzwischen beinahe jedem alles. Der Apparat der Staatskanzlei hat später alle Hände voll zu tun, diese vielen «mitgenommenen Probleme» einer Lösung zuzuführen. Eine gut gemeinte Geste, die allerdings den gesamten Regierungsapparat, die Ministerien und alle Ebenen dazwischen mit all ihren Problemen umgeht. Was zu zwei Zuständen führt. Die einen bekommen vermittelt, nichts verändern zu müssen, und verweisen gerne im weiteren Verlauf darauf, dass Vorgang X oder Y nun Chefsache wären. Andere, die ernsthaft an Veränderung des Apparates aus sich heraus interessiert sind, werden eher dü-

piert. Beides führt zumeist dazu, dass die Ursachen der Probleme bestehen bleiben. Nur um nicht falsch verstanden zu werden: Ich halte diese Dialoge per se für eine richtige Sache. Aber doch nur dann, wenn dabei Probleme grundhaft gelöst werden. Hier jedoch bearbeitet man den Einzelfall und nimmt damit jene aus der Verantwortung, die das eigentlich zu tun hätten.

So oder so ähnlich sind alle Parteien unterwegs. Martin Dulig, Chef der SPD in Sachsen, tourt mit seinem ehemaligen Küchentisch übers Land und redet unermüdlich mit jenen, die den Weg in diesen beinahe intimen Kreis finden. Zudem geht er regelmäßig «richtig» arbeiten. Heißt: Er schlüpft in die Rolle normalsterblicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um deren Welt besser verstehen zu lernen. Auch diese beiden «Formate», wie es im politischen Marketing inzwischen heißt, sind sicher nicht zum Nachteil für ein besseres Verstehen zwischen den Welten.

Schöner wäre es doch, Politik würde Politik machen. Mutig. Vorwärts. In engem Austausch mit allen Ebenen bis hinunter in die Kommunen. Grundsätzlich und nicht im Einzelfall. In dem Wissen, für wen sie unterwegs ist und wer ihr die Macht zum Handeln verliehen hat. Das gelingt inzwischen immer seltener – zumindest in der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger. Nein. Die Lücke zwischen Volk und Politik vermögen solche politischen Marketingtools nicht zu schließen. Zu beschädigt ist das Vertrauen. Zu lange waren die Verantwortlichen gefühlt eben nicht präsent.

Es liegen Welten zwischen Berufspolitik und dem Rest der Welt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Einschätzung der Seelenlage der ostdeutschen Gesellschaft inzwischen nicht mehr alleinig das Parteienpersonal vornimmt. Längst wurde dieser für Parteien wahl-

entscheidende Prozess befragenden Instituten übertragen. Regelmäßig werden durch sie panelweise Menschen adressiert. Gesucht wird eine Grundlage für mehrheitsfähige Entscheidungen. Der Dauerumfragetrend ist wichtiger Teil der politischen Arbeit geworden.

Dabei beginnt gute Politik meistens dort, wo Mehrheiten erst überzeugt werden müssten. Klimakrise? Flüchtlingskrise? Und jetzt Pandemie? Es mag also kaum überraschen, dass der sächsische Ministerpräsident scheinbar ganz ohne Not die bundesweite Lockerungsolympiade bei den Beschränkungen über lange Monate anführte. Angst vor der Straße nennt man dies wohl. Sie brachte Sachsen von einem der hinteren Plätze in der Meisterschaft um die höchsten Infektionswerte auf den alleinigen Spitzenplatz. Schließlich verkündeten die ostsächsischen Krankenhäuser den drohenden Kollaps. Kretschmer erklärte in der Folge tatsächlich Mitte Dezember 2020 (!) in einem Interview, dass er erst jetzt nach seinen Besuchen in den Krankenhäusern verstanden hätte, wie ernst die Lage wirklich sei. Respekt für diese ehrliche Antwort, denn es ist selten, dass sich Politiker öffentlich korrigieren. Fassungslosigkeit ist angesichts der inhaltlichen Aussage aber ebenso zulässig. Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich schätze den sächsischen Ministerpräsidenten für seine offene Art. Leider aber ist auch er im machtpolitischen Orbit gefangen. Während es eigentlich offenes Teamplay bräuchte.

Auch meine SPD ist in Sachen Umfragepolitik gut unterwegs, gemeinsam mit Demographen und politischen Beratern wird stetig nach neuen Überschriften gesucht, unter denen sich mutmaßlich Mehrheiten versammeln ließen. So auch bei der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 2019. Im kleinen Kreis wurde Monate zuvor in Wochenendklausur gerufen, um zu diskutieren, was

das Land bewegt. Anwesend eine Mischung aus Zivilgesellschaft, Kommunal- und Landespolitik. Alle Altersstufen. Männer wie Frauen. Ein Wochenende, an dem wir sehr viel über Bürgerbeteiligung, über reale Themen wie schlechte Finanzausstattung der Kommunen, zu komplizierte Verwaltungswege und zu wenig Basisverortung diskutiert hatten.

Am Ende dieser Veranstaltung materialisierte sich tatsächlich so etwas wie ein Plan. Natürlich blieben die ersten Umriss skizzenhaft – trotzdem war der Impuls genug, um optimistisch nach Hause zu fahren. Gefühlt hatten wir eine echte Perspektive erarbeitet. Und viele, nicht nur ich, verbanden damit Hoffnung. Eine Hoffnung auf einen wirklichen Neuanfang.

Was folgte, waren lange, schweigsame Wochen. Niemand, der signalisierte, eines der angesprochenen Themen vertiefen zu wollen. Stattdessen dann eine Einladung zu einer großen Agentur nach Dresden. Und diese präsentierte die Kampagnenvorschläge für den kommenden Wahlkampf. Leider hatten die Schwerpunkte mit dem, was an jenem Hoffnungswochenende besprochen worden war, fast nichts mehr zu tun. Stattdessen wurden Umfragen bemüht. Die Suche nach der Headline, dem Narrativ, wie es inzwischen heißt.

Meine Enttäuschung war grenzenlos und hellte sich auch nicht auf, als ich nach einem enttäuschenden Wahlkampf beauftragt wurde, einen Entwurf zum Thema Bürgerbeteiligung zu erarbeiten. Als Thesenpapier und Programm. Wir präsentierten eine Agenda, die wirklich Inhalt hatte. «Demokratie leben, heißt Macht teilen», war die Überschrift eines konkreten Leitfadens, der tatsächlich echte Bürgereinbindung festschreiben wollte. Doch mitten im Wahlkampf wurde dieses Unterfangen als das entlarvt, was es zu diesem Zeitpunkt auch war: der Versuch, last minute noch ein punktendes Thema zu setzen.

Und als sich wenig später die SPD mit einem Wahlergebnis von 7,7 Prozent erneut in die Koalition rettete, da war bereits am Wahlabend klar, dass es keine Aufarbeitung geben würde. Die «beste SPD aller Zeiten» hatte einen tollen Wahlkampf gemacht, hieß es. Leider hatten ihn nur die Wählerinnen und Wähler nicht verstanden.

Oder war es vielmehr umgekehrt und wir hatten unsere Wählerinnen und Wähler nicht verstanden? Denn diese machen sich tatsächlich mehr Gedanken, als wir Berufspolitiker ihnen gelegentlich zutrauen. Und sie sind auch nicht politikverdrossen an sich. Eher verdrossen mit dem, was wir als solche anbieten.

Dies ist die Situation, in der wir 2021 angekommen sind. Mehr als 30 Jahre nach dem Fall der Mauer sind die Gräben in der Gesellschaft noch immer präsent. Und tiefer denn je. Politik verkommt inzwischen zum weitgehend kontaktlosen Geschäft. Abgehoben, weil kompliziert, wenig flexibel und kaum noch verständlich. Und leider auch selbstbezogen. Die Hybris der Politik besteht darin anzunehmen, man könnte von allein alles verstehen und sich um alles kümmern.

So wächst ein Apparat, der durch überbordende Bürokratie und eine verkrustete Verwaltung bestimmt ist. Den Bürgerinnen und Bürgern bleiben Trauer, Wut, Schmerz und ein bisschen Sehnsucht. Nach einer Welt, in der sie gehört und beteiligt werden. An einer Politik, die sie verstehen können. Der Frust wächst dabei schneller, als der Erfolg ihn bremsen könnte.

Viele wenden sich ab. Junge Menschen flüchten in die Urbanität, die Individualität statt Miteinander einfach macht. Dies ist nicht die Stimmung, aus der man Zukunft und Aufbruch macht. Der Osten, der stark ländlich geprägt ist, verliert ganze Räume, die mal Heimat waren. Das Land wird langsam aufgegeben. Mit all den Folgen,

die dies hat und noch haben wird. Der Raum für die Wölfe. Politische und echte. Er wird größer. Wenn wir nicht künftig alles anders machen.

[...]